



Synopse – Wahlprüfsteine des Arbeitskreises ver.di queer Berlin-Brandenburg





zur Bundestagswahl 24.09.2017

Verantwortlich:





Arbeitskreis ver.di queer Berlin-Brandenburg
Lukas Rohm (Zusammenfassung der Wahlprüfsteine)





Mail: regenbogen.bb@verdi.org

Stand: 25.08.2017

Parteien	Wahlprüfstein 1 – Erweiterung des Gleichheitsgebotes im Grundgesetz	Wahlprüfstein 2 – Evaluierung und Novellierung des AGG	Wahlprüfstein 3 – Reform des Ehe- und Ehesteuerechts	Wahlprüfstein 4 – Anerkennung anderer Familienkonstellationen
SPD 	<ul style="list-style-type: none"> Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 um die sexuelle Identität erweitern 	<ul style="list-style-type: none"> Ausweitung des Anwendungsbereiches des AGG auf staatliches Handeln Verbandsklagerecht im AGG verankern 	<ul style="list-style-type: none"> Ehegattensplittung zu einem Familientarif reformieren Steuerentlastung insbesondere von Familien und Alleinerziehenden, auch von unverheirateten Eltern 	<ul style="list-style-type: none"> Setzen sich für ein modernes Familien- und Abstammungsrecht und die Öffnung des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare
FDP 	<ul style="list-style-type: none"> Fordern eine Aufnahme der Merkmale der sexuellen Orientierung, der geschlechtlichen Identität und des Alters 	<ul style="list-style-type: none"> Zivilgesellschaft stärken statt neue Diskriminierungsmotive aufzuzählen Ausweitung von AGG-Tatbeständen führt zu großem bürokratischen Aufwand Verbandsklagen sind nicht geeignet zur Herstellung von Rechtssicherheit im Einzelfall 	<ul style="list-style-type: none"> Halten am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften fest Wollen das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ für alle Paare umsetzen, einschließlich vollem Adoptionsrecht 	<ul style="list-style-type: none"> Wollen den Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien verbessern und die Verantwortungsgemeinschaft als Rechtsinstitut neben der Ehe einführen Staatl. Begünstigungen im Steuer-, Sozial, und Erbrecht nur bei Übernahme voller Unterhalts- und Instandspflichten wie bei Ehepaaren
Bündnis 90/ Die Grünen 	<ul style="list-style-type: none"> Das Gleichheitsgebot des GG ist um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität zu ergänzen 	<ul style="list-style-type: none"> Der Rechtsschutz für Betroffene soll gestärkt und insbesondere ein echtes Verbandsklagerecht eingeführt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Werden prüfen, ob es weiteren Regelungsbedarf im Bereich des Eherechts gibt Werden zur individuellen Besteuerung übergehen und das Ehegattensplittung durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen 	<ul style="list-style-type: none"> Wollen mit dem Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung die rechtl. Möglichkeiten für Mehreltern-Konstellationen schaffen und elterliche Mitverantwortung sozialer Eltern absichern Künstliche Befruchtung muss lesbischen Frauen genauso wie heterosexuellen Frauen offenstehen Über den Pakt für das Zusammenleben das Zusammenleben zweier Menschen unabhängig von der Ehe rechtl. absichern
Die Linke DIE LINKE.	<ul style="list-style-type: none"> Setzen sich für die Erweiterung ein 	<ul style="list-style-type: none"> Wollen Erweiterung des AGG um Verbandsklagerecht und Verlängerung der Klagefristen Schutz von chronisch erkrankten Menschen (z.B. aufgrund HIV) und schwerbehinderten Menschen durch das AGG erreichen 	<ul style="list-style-type: none"> Vollständige Gleichstellung im Adoptionsrecht, bei der Pflegschaft und der Reproduktionsmedizin Überwindung des Ehegattensplittings 	<ul style="list-style-type: none"> Setzt sich für Familienmodelle mit mehr als zwei Elternteilen ein Modernisierung des Familienrechts
CDU/CSU 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten

Parteien	Wahlprüfstein 5 – AGG-Schutz für HIV-positive Beamtinnen und Beamte	Wahlprüfstein 6 – Weiterentwicklung EU-Gleichbehandlungsrichtlinie	Wahlprüfstein 7 – Umsetzung AGG in öffentlichen und caritativen Unternehmen	Wahlprüfstein 8 – Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)
SPD 	<ul style="list-style-type: none"> Aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist ausreichend für eine diskriminierungsfreie und positive Entscheidung über eine Verbeamtung 	<ul style="list-style-type: none"> Setzen sich für EU-rechtskonformen, EU-weiten Diskriminierungsschutz ein 	<ul style="list-style-type: none"> Bei der Weiterentwicklung des AGG die Verpflichtung von nichtstaatlichen Einrichtungen berücksichtigen und die Zulässigkeit der Ausnahmeregelungen für kirchliche Einrichtungen diskutieren 	<ul style="list-style-type: none"> ADS muss gestärkt werden
FDP 	<ul style="list-style-type: none"> Aktuelle Rechtsprechung muss von öffentl. Hand angewandt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Fordern einheitliches rechtsstaatliches Vorgehen in allen EU-Ländern gegen alle Formen der Diskriminierung gegen LSBTI Alle EU-Beitrittskandidaten müssen eine rechtl. Gleichstellung von LSB sowie einen angemessenen Rechtsrahmen für Trans* und Inter* forcieren 	<ul style="list-style-type: none"> Wollen ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen Staatliche Entscheidungsträger müssen gegenüber LGBTI sowie Homo- und Transphobie sensibilisiert werden 	<ul style="list-style-type: none"> Erweiterung der ADS würde zu einem enormen bürokratischen Apparat führen und ist deshalb nicht zielführend
Bündnis 90/ Die Grünen 	<ul style="list-style-type: none"> Die Anstellungs- und Verbeamtungspraxis muss den medizinischen Fortschritt berücksichtigen 	<ul style="list-style-type: none"> Werden die neue EU-Antidiskriminierungsrichtlinie aktiv unterstützen und auf eine schnelle Verabschiedung drängen 	<ul style="list-style-type: none"> Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften beschränken Wollen den Anwendungsbereich des AGG um die öffentlich-rechtlichen Leistungsgewährungen ergänzen und staatl. Stellen zu Maßnahmen zur Diskriminierungsbekämpfung verpflichten Anwendung des AGG bei der öffentl. Auftragsvergabe stärken 	<ul style="list-style-type: none"> Die ADS finanziell und institutionell besser ausstatten
Die Linke DIE LINKE.	<ul style="list-style-type: none"> Bundesweit AGG-Schutz bei Verbeamtung gewährleisten 	<ul style="list-style-type: none"> Starken Diskriminierungsschutz für sämtliche Lebensbereiche auf EU-Ebene durchsetzen Europaweiten horizontalen Diskriminierungsschutz durchsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> Das AGG, Streikrecht und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen auch für die Beschäftigten in kirchlichen und öffentlichen Einrichtungen uneingeschränkt gelten 	<ul style="list-style-type: none"> Setzt sich für Mittelaufstockung der ADS ein
CDU/CSU 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten

Parteien	Wahlprüfstein 9 – Mittelausstattung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld	Wahlprüfstein 10 – Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte	Wahlprüfstein 11 – Hasskriminalität (Hate Crime)
SPD 	<ul style="list-style-type: none"> Die erreichte institutionelle Förderung garantiert der Stiftung dauerhafte Planungssicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> Prävention und Bekämpfung von Erscheinungsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit über ein Demokratiefördergesetz stärken Werden über den Bedarf für eine gesetzliche Förderung von Truvada zur HIV-Prophylaxe beraten 	<ul style="list-style-type: none"> Förderprogramme aufsetzen und Strukturen aufbauen, um über gezielte Falschinformationen, Rechtsverletzungen und Diskriminierungen aufzuklären Umsetzung von Kampagnen und Beratungsangeboten zur Befähigung zur digitalen Selbständigkeit in sozialen Netzwerken
FDP 	<ul style="list-style-type: none"> Die Bundesstiftung ist mit zusätzlichen Mitteln auszustatten 	<ul style="list-style-type: none"> Wollen in der Außen- und Entwicklungspolitik der Diskriminierung von LSBTI entgegenzutreten und sich für LSBTI-Projekte weltweit einsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> Fordern, dass Polizei und Staatsanwaltschaft diskriminierende Postings in sozialen Netzwerken konsequenter verfolgen Dazu sind die Behörden finanziell und personell angemessen auszustatten
Bündnis 90/ Die Grünen 	<ul style="list-style-type: none"> Die Mittelaufstockung ist notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> Setzen sich für einen bundesweiten Aktionsplan ein Wollen das Potenzial von PrEP (Präexpositionsprophylaxe) für die Vermeidung von HIV-Infektionen nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> Eine inländische Kontaktstelle ist durch große Anbieter sozialer Netzwerke für Anfragen von Strafverfolgungsbehörden vorzuhalten Strafverfolgungsbehörden, Gerichte, und medienrechtliche Aufsicht technisch und personell angemessen ausstatten Fordern eine Kennzeichnungspflicht für Computerprogramme (Social Bots), die eine menschliche Identität vortäuschen Fordern Internet-Unternehmen auf, intensiv mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die sich für Opfer von Hass und Hetze, Rassismus und Diskriminierung im Internet einsetzen
Die Linke DIE LINKE.	<ul style="list-style-type: none"> Deutliche Aufstockung der Regelförderung 	<ul style="list-style-type: none"> Bundesaktionsplan ist einzuführen Initiativen zur Vielfalt in Schulbüchern ausbauen und Aktionspläne weiterentwickeln bezüglich Mehrfachdiskriminierung und Thema Intersektionalität 	<ul style="list-style-type: none"> Gesonderte Erfassung von Hasskriminalität mit trans- und homophobem Hintergrund Ansprechpartner bei Polizei und Staatsanwaltschaften sind erforderlich Sozialarbeit mit bereits auffälligen Jugendlichen Hasskriminalität bei Facebook gesetzlich unterbinden
CDU/CSU 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Antwort erhalten

Parteien	Wahlprüfstein 12 – Neues Transsexuellengesetz	Wahlprüfstein 13 – Flüchtlinge
SPD 	<ul style="list-style-type: none"> • Es besteht ein dringender und umfassender Reformbedarf • Begutachtungspflicht vor einer Vornamens- bzw. Personenstandsänderung abschaffen und durch ein unbürokratisches Verfahren zur Anerkennung der Geschlechtsidentität ersetzen • Bei Begutachtungsverfahren müssen die Würde und die Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt stehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung über die besonderen Lebensweisen von LSBTTIQ und über erfahrene Diskriminierung in Integrationskursen • Bessere Mittelausstattung der Jobcenter und dauerhafte Öffnung der Ausbildungsförderung für alle Geflüchteten in Ausbildung • Integrationskurse für alle Asylbewerber*innen und Geduldete öffnen • Wollen die Sprachförderung besser mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten verbinden • Wollen die Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung weiterentwickeln
FDP 	<ul style="list-style-type: none"> • Setzen sich für Novelle des Transsexuellenrechts ein und gegen diskriminierende Hürden bei Personenstands- und Namensänderung • Die Krankenkassen müssen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen übernehmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Das Betreuungspersonal in Flüchtlingsheimen muss in Bezug auf Verfolgung und Diskriminierung der LSBTI sensibilisiert und geschult werden • Geflüchtete in Integrationskursen für Toleranz und Gleichbehandlung gegenüber Menschen mit anderer sexueller Orientierung sensibilisieren • Anerkennung der sexuellen Orientierung als Fluchtgrund und die Abschaffung der Diskriminierung in allen EU- und anderen Aufnahmeländern
Bündnis 90/ Die Grünen 	<ul style="list-style-type: none"> • Schlagen ein modernes Selbstbestimmungsgesetz vor • Wollen das Verfahren für die Änderung der Vornamen und Berichtigung des Geschlechtseintrages vereinfachen und nur vom Geschlechtsempfinden der Antragstellenden abhängig machen 	<ul style="list-style-type: none"> • Deutschland soll, z.B. im Fall Tschetschenien, auch LSBTTIQ aktiv aus dem Ausland aufnehmen • Verpflichtende unabhängige Rechtsberatung von Anfang an, die auch LSBTTIQ-Asylsuchende auf die Anhörung vorbereitet • LSBTTIQ sollten zudem psychosoziale und wenn nötig psychotherapeutische Beratungsangebote in Anspruch nehmen können • Die Entscheider*innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Dolmetscher*innen müssen ausreichend geschult sein • Werden für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen • Wollen ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen und ein verlässliches Bleiberecht während und nach der Ausbildung gewährleisten
Die Linke DIE LINKE.	<ul style="list-style-type: none"> • Trans*Identitäten nicht mehr als Krankheit betrachten • Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren abschaffen • Zugang zu transspezifischen medizinischen und therapeutischen Leistungen und Beratungsangeboten • Unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen 	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang zu Sprach- und Integrationskursen von Anfang an • Sicherer Aufenthaltstitel für Ausbildungszeit • Anerkennungen von Berufsabschlüssen vereinfachen • Schlechterstellung von Geflüchteten abschaffen (Ausnahmen beim Mindestlohn, etc.)
CDU/CSU 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Antwort erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Antwort erhalten